

Die katholische Zeitschrift „Das Wort“

Eine kulturpolitische Quelle zur Hildesheimer Diözesangeschichte nach dem Zweiten Weltkrieg

Von Gabriele Vogt

Forschungsstand

Als geschichtswissenschaftliche Quelle wurde „Das Wort“, dessen Verbreitungsgebiet primär in Niedersachsen, Hamburg und Bremen sowie vereinzelt im europäischen Ausland lag, noch nicht bearbeitet.¹ Auch als historische Quelle zur Erforschung der diözesanen wie landesgeschichtlichen Nachkriegsgeschichte blieb die Zeitschrift bislang unbeachtet – trotz ihrer detaillierten Dokumentation der politischen Entwicklung und Kommentierung der kulturellen Spannungen zwischen Staat und Kirche, die im Bistum Hildesheim im sogen. Schulkampf und im Dombauprozeß eskalierten.

Der folgende Aufsatz beschäftigt sich unter der Prämisse der Instrumentalisierung von Hildesheimer Bistumsgeschichte mit der Entwicklung des „Wort“, wobei der Schulkampf exemplarisch im Mittelpunkt der Betrachtung stehen wird.² Während des Höhepunktes dieser Auseinandersetzung

¹ In der Zeitschriftendatei Deutscher Bibliotheken (ZDB) ist das „Wort“ nicht erfaßt (Stand: September 1995). Zur Verbreitung des „Wort“ s. bspw. deren Rubrik „Leserbriefe“ – u. a. Zuschriften aus Trier, Köln, Spanien und London in: Das Wort 3 (1950), Nr. 2. (26. Februar) – sowie die noch vorhandenen Bestellungs- bzw. Abbestellungsbelege, BAH, Das Wort. Obwohl „Das Wort“ in Form und Inhalt eher als Zeitung anzusprechen ist, wird in der vorliegenden Studie die Begrifflichkeit nicht unterschieden: „Die Bestimmung der Begriffe ‚Zeitschrift‘ und ‚Zeitung‘ sowie ihre Abgrenzung gegeneinander ist bisher noch nicht eindeutig gelungen.“ Totok/Weitzel, Handbuch der biographischen Nachschlagewerke. Bd. 1, Frankfurt/M. 6. 1984, S. 176.

² Die Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche in Niedersachsen kann hier natürlich nur ansatzweise erfaßt werden. Die ausführliche Bearbeitung der unter diesen Themenbereich fallenden Aspekte bleibt zukünftiger Forschung vorbehalten.

der Jahre 1951 bis 1956 machte sich das „Wort“ zum Anwalt des Diözesanbischofs. Es wurde ausweitend politischer und nahm eine Oppositionshaltung gegenüber der sozialdemokratischen Landesregierung in Niedersachsen ein, die gleichsam zum Manifest seiner anti-sozialdemokratischen Grundeinstellung wurde.

Da die Auseinandersetzung mit dem Staat seitens der katholischen Kirche vornehmlich durch Diözesanbischof Dr. Joseph Godehard Machens (1934–1956) geführt wurde, war auch sein Verhältnis zur „Wort“-Redaktion zu untersuchen.³ Machens' Nachfolger Heinrich Maria Janssen setzte in seiner bischöflichen Arbeit eigene und andere Schwerpunkte, so daß jetzt das „Wort“ zum eigentlichen Initiator katholischer Opposition gegenüber der niedersächsischen Landesregierung wurde. Erst im Abschluß des Niedersachsenkonkordates im Jahr 1965 konnte diese Auseinandersetzung zwischen Kirche und Staat beigelegt werden.⁴

In der Entwicklungsgeschichte des „Wort“ und der Bundesrepublik Deutschland kann von einer gewissen Synchronität ausgegangen werden: nicht nur aufgrund des gemeinsamen Gründungsjahres, denn auch das Ende der Redaktion des „Wort“ fiel in eine Zeit besonderer politischer und gesellschaftlicher Umbrüche. Die außerparlamentarische Oppositionsbewegung in der Bundesrepublik, die sich über das kulturelle Aufbegehren der jungen Generation artikulierte, forderte alle gesellschaftlichen Kräfte besonders im kulturpolitischen Bereich wie dem Bildungswesen. Während das „Wort“ Möglichkeiten zur Aufnahme dieser Proteste fand, scheiterte es an Teilbereichen des katholischen Milieus im Bistum und stellte 1969 sein Erscheinen ein.

Nicht nur für das Bistum Hildesheim fehlt bislang eine Darstellung der kirchlichen Entwicklung in der Nachkriegszeit.⁵ Auch in den anderen deutschen Diözesen gibt es diesbezüglich bislang allenfalls erste Ansätze; wobei diese vornehmlich im politologischen und soziologischen Bereich

³ Informationen zu diesem Themenbereich bieten vor allem die Jahrgänge 1949 bis 1956 des „Wort“, die hierzu in besonderer Weise ausgewertet wurden.

⁴ Zum Konkordate s. Julius Seiters, Dreißig Jahre Niedersachsen-Konkordat. In: Die Diözese Hildesheim in Vergangenheit und Gegenwart 63 (1995), S. 257–279 (dort auch weitere Literaturhinweise).

⁵ Die Verfasserin ist gegenwärtig mit einer Untersuchung über „Das Bistum Hildesheim als Resultat politischer, kultureller und politischer Umbrüche im Land Niedersachsen von 1945 bis 1956“ (Arbeitstitel) befaßt.

zu finden sind. Eine Ausnahme bildet hierbei das Bistum Regensburg, wo die Bistumsgeschichte 1995 in Zusammenarbeit des Bischöflichen Zentralarchivs und der Bischöflichen Zentralbibliothek in einem ausstellungsbegeleitenden Katalog unter Auswertung zahlreicher gedruckter und ungedruckter Quellen aufgearbeitet wurde.⁶

Im folgenden kann es nicht um eine im engeren Sinn umfassende und abschließende historische Betrachtung der Zeitschrift „Das Wort“ gehen – diese bleibt weiteren Untersuchungen vorbehalten. Deutlich werden soll jedoch die Funktion des „Wort“ als illustrierte Geschichtsdarstellung.

Der kulturpolitische Ansatz im Journalismus des „Wort“

Mit seinem politischen Charakter bildete „Das Wort“ gewissermaßen einen Gegenpol zur bereits 1946 wiedergegründeten Hildesheimer Kirchenzeitung, ging es ihm doch in erster Linie um die Frage eines modernen christlichen Menschenbildes in Politik, Kultur und Wirtschaft.⁷ Dabei vertrat das „Wort“ die politischen Interessen im katholischen Milieu des Bistums, die während der NS-Zeit Grundlage kirchlicher Oppositionshaltung des Kirchenblattes gegenüber dem Staat gewesen waren; politischer Katholizismus artikulierte sich vor wie nach dem Zweiten Weltkrieg insbesondere im Journalismus.

Während die Beschäftigung mit kulturellen Themen für eine kirchliche Zeitung aufgrund des Selbstverständnisses der Kirche als Kulturträger nicht ungewöhnlich war, stellte die Beschäftigung mit wirtschaftlichen Fragen doch eher ein Novum dar: Solche Themen waren während der Weimarer Zeit kaum *expressis verbis* diskutiert worden, sie waren vielmehr in die politische Berichterstattung eingeflossen. Jetzt dagegen versuchte man, politische Themen aus der Wirtschaft abzuleiten; so etwa im Fall der britischen Demontagepolitik. Mit Ausnahme einer eigenen Sport-Rubrik wurden im „Wort“ also dieselben Themenbereiche wie in Tages- und Wochenzeitungen behandelt.

⁶ Paul Mai (Hrsg.), 50 Jahre danach – Domprediger Dr. Johann Mayer und seine Zeit. Regensburg 1995.

⁷ BAH, NL Wothe, Katholische Wochenzeitschrift „Das Wort“, S. 3.

Die Initiative zur Gründung des „Wort“ war unmittelbar nach Kriegsende vom Diözesanjugendseelsorger Joseph Winter ausgegangen. Erich Riebartsch, der bereits während der Zeit des Nationalsozialismus beim „Katholischen Kirchenblatt“ journalistische Erfahrung gesammelt und gegen den damaligen Staat opponiert hatte, unterstützte die Gründungspläne. Als Arbeitszimmer diente beiden die Wohnung des Jugendseelsorgers im Priesterseminar – ein Zimmer, welches als Arbeits-, Schlaf-, Wohn- und Konferenzzimmer diente.⁸ Winter wie Riebartsch betrachteten kirchliche Publizistik als Grundlage katholischer Meinungsbildung in Politik, Kultur und Wirtschaft, die sich auch gegen den Staat richten konnte, wenn dieser – wie es während der NS-Zeit geschehen war – kirchliche Belange nivellierte oder sogar mit krimineller Energie gegen die katholische Kirche vorging.

Winter hatte das Unrechtsregime der Nationalsozialisten nach 1939 als Seelsorger im Raum Salzgitter kennengelernt. Vor dem Hintergrund massiver staatlicher Repressalien war es ihm – entgegen der konkordatären Vereinbarungen zwischen Kirche und Staat – in Thiede kaum möglich gewesen, Zwangsarbeiter der „Reichswerke Hermann Göring“ seelsorglich zu betreuen.⁹ Die Beobachtung des Zwangsarbeiterwesens hatte Winter die „menschenverachtende Ungerechtigkeit“ des NS-Regimes aufgezeigt und seine journalistische Grundeinstellung entscheidend mitgeprägt.

Die Oppositionsbereitschaft des von Winter und später vom „Wort“ vertretenen Journalismus gegenüber der Sozialdemokratie ging weitgehend konform mit der Parteipolitik der Christlich Demokratischen Union. Diese Haltung fand ihren Ausdruck u. a. in der bedingungslosen Unterstützung des Bischofs in seiner Auseinandersetzung mit der sozialdemokratisch geführten Landesregierung in Niedersachsen um die Wiedereinführung der Bekenntnisschule, was man als Eingriff des Staates in kirchliche Belange verstand; wobei sich die staatliche Autorität über die Sozialdemokratie definierte, die im Bereich kirchlich-konservativer Kreise immer noch mit dem Stigma des Klassenkampfes behaftet war.

Letztlich stand Winters Engagement im Bereich kirchlicher Publizistik auch im Zusammenhang mit der katholischen Jugendarbeit, deren Aufbau

⁸ Vgl. 10 Jahre das Wort in Niedersachsen. In: Das Wort 7 (1954), Nr. 43 (31. Oktober).

⁹ Vgl. BAH, NL Wothe, Dechant Joseph Winter, S. 7.



Abb. 1: Joseph Winter (1905–1966)

er sich unmittelbar nach Kriegsende im Bistum im Auftrag des Bischofs widmete.¹⁰ Nach langwierigen Verhandlungen erreichte er, daß die englische Militärregierung 1946 das Reservelazarett auf dem Wohldenberg für die katholische Jugendarbeit dem Bistum zur Verfügung stellte.¹¹ Zu dem erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen hatte auch die Intervention des Bischofs beigetragen. Denn als im Vorfeld erster Gespräche die Militärregierung ihre ablehnende Haltung signalisiert hatte, setzte Joseph Godehard seine bischöfliche Autorität ein: Der Militärregierung hatte er über die für kirchliche Angelegenheiten zuständige britische Behörde in Bünde mitgeteilt, daß er als Bischof über ein aus der geschichtlichen Tradition abgeleitetes Recht auf den Wohldenberg verfüge.¹²

¹⁰ Joseph Winter gilt im Bistum Hildesheim auch als Begründer der Erwachsenenbildung, für die er u. a. das St. Jakobus-Haus in Goslar gründete.

¹¹ Vgl. BAH, NL Wothe, Dechant Joseph Winter, S. 8.

¹² Auskunft von H.H. Weihbischof Heinrich Pachowiak, Interview vom 25. 9. 1995.



Abb. 2: Generalvikar Dr. Wilhelm Offenstein (1936–1960)

Die Lizenzierung der Zeitung „Das Wort“ im Rahmen britischer re-educations Politik

Am 16. Juni 1945 erklärte Generalvikar Dr. Wilhelm Offenstein im Rundschreiben Nr. 3977, daß eine katholische Presse, Zeitschriften und Schrifttum im Bistum Hildesheim zu gegebener Zeit wieder erscheinen werden.¹³ Diese Äußerung stand im Zusammenhang mit der in der amerikanischen Zone bereits erfolgten Lizenzierung der Presse.¹⁴ In der britischen Besatzungszone

¹³ Vgl. Kirchlicher Anzeiger für das Bistum Hildesheim, Jg. 1945, darin: Bischöfliches Generalvikariat Schreiben Nr. 3.977, S. 115.

¹⁴ Von den Amerikanern wurden bereits seit dem 24. Januar 1945 die „Aachener Nachrichten“ herausgegeben, vgl. Manfred Overesch, Chronik deutscher Zeitgeschichte. Bd. 3/1: Das besetzte Deutschland. Düsseldorf 1986. Die Zeitschriften, die in der amerikanischen Zone unmittelbar nach Kriegsende erschienen, wurden von deutschen Journalisten redigiert und von Presseoffizieren überwacht – wobei nach dem Grundsatz verfahren wurde: „the Germans have to be told“, so Hans Habe, Im Jahre Null. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Presse. München 1966, S. 27.

zungszone dagegen war die Lizenzierung von katholischem Schrifttum jedoch ebenso schwierig wie die Zulassung von Tageszeitungen und ähnlicher Lektüre. Der Nachrichtenkontroll-Vorschrift Nr. 1 (Kontrolle über Druckschriften, Rundfunk, Film, Theater der Militärregierung Deutschland – Britisches Kontrollgebiet 1945, Nr. 5¹⁵) fiel die Publikation von Domkapitular Hermann Seeland „Zerstörung und Untergang Alt-Hildesheims“ zum Opfer; das Buch konnte erst 1947 erscheinen. Unmittelbar nach Kriegsende stand den Pfarrämtern zur Korrespondenz mit dem Bischöflichen Generalvikariat zunächst nur der englische Militärkurier zur Verfügung, da auch der Kirchliche Anzeiger nicht erscheinen durfte.¹⁶

Zeitungen und Zeitschriften kamen nach Ansicht der Briten – wie ihrer Verbündeten – eine maßgebliche Rolle bei der re-education („Umerziehung“) der Deutschen zur Demokratie zu, deren Kontrolle sie sich vorbehielten; 1945 bis 1949 war deshalb die Zeit der Lizenzpresse. Die Vergabe einer Lizenz war von strengen Reglements abhängig: Nach den Richtlinien für die Lizenzträger von 1946 war jeder Treuhänder für einen lebenswichtigen Teil der Zukunft Deutschlands verantwortlich. Durch Beantragung und Entgegennahme der Lizenz bekundete er zudem seine Absicht, sich im öffentlichen Interesse zu betätigen mit dem Ziel, Freiheit in einer Demokratie zu fördern.¹⁷ Die englische Militärzeitung „Die Welt“, die später von Axel Springer gekauft wurde, galt dabei als Paradebeispiel eines stilistisch guten Journalismus, auf den es den Briten in erster Linie ankam.¹⁸

Zu den 1946 lizenzierten Zeitungen gehörte auch das „Katholische Kirchenblatt des Bistums Hildesheim“; am 21. April des Jahres konnte es wieder erscheinen. Ohne Beanstandung hatte die britische Nachrichtenkontrolle der späteren Kirchenzeitung mit der Zulassungsnummer C.30.64.P. die Lizenz erteilt.¹⁹ Zwei Gründe waren dafür ausschlaggebend:

¹⁵ Vgl. Manfred Overesch, Renaissance, Restauration, Moderne. Kulturelle Neuanfänge in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Jahre der Entscheidung 1945–1949. Hannover 1989, S. 103–104.

¹⁶ Kirchlicher Anzeiger für das Bistum Hildesheim, Jg. 1945, Bischöfliches Generalvikariat, Schreiben Nr. 3.970, S. 114.

¹⁷ Rolf Steininger, Deutsche Geschichte 1945–1961. Frankfurt am Main 1983. Bd. 1, S. 133.

¹⁸ Guido Knopp, Es geschah vor 50 Jahren. Neue Zeitungen braucht das Land. In: Damals. Jg. 10/1995, Oktober 1995.

¹⁹ BAH, NL Wothe, Kirchenzeitung für das Bistum Hildesheim, S. 5.

Zum einen vertrat das Kirchenblatt einen eher theologischen Ansatz und wurde – wie vergleichbare Blätter in anderen Diözesen – allgemein von einer Art Missionsgedanken getragen, zum zweiten diente es der innerkirchlichen Diskussion und Selbstaufklärung.²⁰ Auch war das Hildesheimer Kirchenblatt eng mit der Amtskirche verbunden, so daß die Briten sein Erscheinen befürworteten. Denn Kirche und Katholizismus gaben der Bevölkerung allgemein Sicherheit in einer Zeit, die nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland als radikaler Umbruch empfunden wurde und die von Wertverlust und Orientierungslosigkeit gekennzeichnet war. In dieser Krise bot das Christentum Orientierungsmöglichkeiten. Die Hildesheimer Kirche behandelten die Briten nach Kriegsende dann auch bevorzugt, weil sie fast als einzige Institution den Nationalsozialismus integer überdauert hatte. Mit ihrer Hilfe plante die Militärregierung in Niedersachsen den notwendigen geistigen und moralischen Aufbau.

Die ersten Lizenzanträge für das „Wort“ datieren von 1947 und 1948. Bischof Joseph Godehard Machens lehnte die Gründung einer politischen Zeitung im Bereich der katholischen Kirche ausdrücklich ab, so daß Winter und Riebartsch als Initiatoren des Projekts auf dessen Hilfe verzichten mußten. Ausdrücklich wiesen sie 1947 gegenüber der britischen Militärregierung und 1948 gegenüber den seitens dieser mit der Prüfung betrauten deutschen Beamten auf die durch ihre Zeitung mögliche und angestrebte Festigung der jungen Demokratie und Weckung sozialer Ideen hin – vergeblich: die Lizenzanträge wurden abgelehnt.²¹ Noch 1959 kommentierte die Redaktion enttäuscht die damalige Ablehnung: „Sozialisten und Kommunisten hatten damals bessere Chancen. Man nahm es mit Bitterkeit zur Kenntnis.“²² Die Ablehnung ihrer Lizenzanträge betrachtete das Redaktionsteam unter politischen Aspekten: Als katholische Minderheit fühlte es sich von den Briten und den deutschen Regierungsbeamten diskriminiert.

²⁰ Vgl. Doris von der Brélie-Lewien, *Katholische Zeitschriften in den Westzonen 1945–1949*. Göttingen 1986, S. 31–35.

²¹ Vgl. BAH, *Generalia: Verfügungen der Militärregierung*, XILD, Bd. 1, 1945–1946, S. 142. Bereits im Vorfeld der Antragstellung hatte es Rückfragen der Briten hinsichtlich der finanziellen Sicherung der Zeitschrift durch ihre Lizenzträger gegeben. Diese wurde jedoch durch Egbert Hartbert (Hochschulprofessor aus Braunschweig), Kurt Schäfer (Versicherungskaufmann aus Hannover) und Friedrich Stolte (Kaufmann aus Hildesheim) gewährt; vgl. BAH, NL Wothe, *Katholische Wochenzeitung „Das Wort“*, S. 2.

²² Ebd., S. 2

Bei den Briten galten Kommunisten und Sozialdemokraten de facto ebenso als nationalsozialistisch unbelastet wie die katholische Kirche. Beide waren nach Ansicht der Militärregierung auch für den moralischen und geistigen Aufbau Deutschlands geeignet. Die Engländer befürworteten die Sozialdemokratie nicht zuletzt deshalb, weil in Großbritannien die Labour Party regierte. Der unmittelbar nach Kriegsende gegründeten bikonfessionellen CDU, unter der sie sich nichts vorstellen konnten, mißtrauten sie hingegen.²³ Die Militärregierung lizenzierte deshalb bevorzugt die parteipolitische Presse mit Ausrichtung auf die Sozialdemokratie, wenngleich diese sich nicht nur ausschließlich für die Partei einsetzen und auch nicht wirtschaftlich von ihr abhängig sein durfte; auch Verbreitungsgebiet, Auflage und Umfang der Zeitungen wurden durch die Engländer festgelegt. „Im August 1946 standen 42 Parteizeitungen 10 überparteilichen gegenüber.“²⁴

Die Ansätze zur Entwicklung einer sozialdemokratisch orientierten Presse mußten unweigerlich bei Bischof und Kirchenleitung auf Widerspruch stoßen. Aus kirchlicher Sicht beinhaltete die sich nach dem Zweiten Weltkrieg wieder organisierende Sozialdemokratie noch den Grundtenor des revolutionären Klassenkampfes, der traditionsreiche Werte und Normen des christlich geprägten katholischen Milieus in Frage stellte. Ausdruck fand diese kirchliche Haltung in einem Schreiben des Hildesheimer Bischofs vom 17. Juni 1946 an den britischen Informations-Kontrolloffizier Colonel Riddel. Darin lehnte Joseph Godehard die Einladung des Offiziers zur Lizenzierung der Presse ab: „[...] und zwar um des Gewissens willen; denn nach meinen Informationen sind die christlichen Belange bei den vorgesehenen Lizenzverteilungen nicht in dem Maße gewahrt, wie es der christlichen Weltanschauung angesichts ihrer inneren und ihrer zahlenmäßigen Bedeutung zukommt“; in diesem Punkt ging der Bischof mit der „Wort“-Redaktion konform.²⁵

Für den Bischof wurde die britische Lizenzpolitik Anlaß zunehmender Oppositionsbereitschaft, deren Ursachen in der Eigenwilligkeit britischer Politik (Entnazifizierung, Demontage etc.) begründet lagen. Joseph Gode-

²³ Vgl. Theodor Eschenburg, *Jahre der Besatzung 1945–1949*. Stuttgart 1983, S. 155.

²⁴ Ebd.

²⁵ BAH, Personalakte Joseph Godehard Machens. Bd. 2, darin: Schreiben des Bischofs vom 17. 6. 1946.

hard, seit Kriegsende den Briten gegenüber eher distanziert eingestellt, kritisierte jetzt offen deren Deutschlandpolitik: In seinem Hirtenbrief vom 6. Januar 1946 attackierte er in scharfer Form die von den Alliierten im Zuge der Entnazifizierung postulierte Kollektivschuld sowie die britische Demontagepolitik im Salzgittergebiet.²⁶

Biographische Entwicklung des „Wort“

In kirchlichen Kreisen überraschte es nicht, als 1949 der niedersächsische Ministerpräsident Hinrich Wilhelm Kopf, in dessen Zuständigkeit die Lizenzierung jetzt fiel, den Antrag auf Zulassung des „Wort“ positiv beschied; es erhielt die Zulassungsnummer 154. Obwohl Kopf Niedersachsen konsequent sozialdemokratisch regierte, fand seine Sympathie für den ländlichen Konservatismus doch Ausdruck in der oftmals für ihn gebrauchten Titulierung „Roter Welfe“ oder „Vater des Vaterlandes“; der Bruch zwischen Kopf und der katholischen Kirche vollzog sich erst später im Schulkampf und im Dombauprozeß.²⁷

Die Entscheidung des Ministerpräsidenten fiel im unmittelbaren Vorfeld der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der damit verbundenen Diskussion um das Grundgesetz, welches in Artikel 5 Absatz 1–3 Pressefreiheit als Merkmal des freiheitlichen demokratischen Staates gewährt. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für das „Wort“ waren durch die Währungsreform 1948 gegeben – zumal parallel auch die Papierkontingentierung aufgehoben und die Auflagenhöhe einer Zeitung an die Nachfrage gebunden wurde.²⁸

Die Redaktion der neuen Zeitung „Das Wort“ übernahm der aus Hannover stammende Friedrich Knipping.²⁹ Unterstützt wurde er durch Heinz Hartmann, der hier zunächst seine journalistische Ausbildung absolvierte. Bis 1960 blieb das Redaktionsteam mit Friedrich Knipping (Hauptschrift-

²⁶ Hirtenbrief vom 6. Januar 1946. In: Beilage zum Kirchlichen Anzeiger für das Bistum Hildesheim, Jg. 1946.

²⁷ Vgl. „Der rote Welfe Heinrich Wilhelm Kopf“. In: Das Wort 6 (1954), Nr. 11 (21. März).

²⁸ Vgl. Breile-Lewien, Katholische Zeitschriften (wie Anm. 20), S. 43.

²⁹ Der Fürsorgeverein stellte für die Redaktions- und Verlagsarbeit des „Wort“ ein Zimmer in einer nahe am Hauptbahnhof gelegenen Baracke zur Verfügung. Mit zwei Tischen und Stühlen sowie mit einem Militärschrank war der Raum notdürftig ausgestattet. Den Druck der Zeitung übernahm bis 1950 die „Verlagsgesellschaft in Hildesheim“. Danach

leitung, Kulturpolitik, Feuilleton) und Heinz Hartmann (Politik, Wirtschaft und Sozialfragen) personell unverändert. Als 1960 Domkapitular Prof. Dr. Algermissen, einer der größten Gegner des „Wort“, aus der Schriftleitung der Kirchenzeitung ausschied, wechselte Friedrich Knipping in deren Redaktion, und Heinz Hartmann übernahm die Schriftleitung des „Wort“. Die Bereiche Kulturpolitik, Feuilleton und Lokales bearbeitete jetzt – mit einigen Unterbrechungen – Heribert Schenk; als Herausgeber firmierte eine Verlags-GmbH. Ab 1967 oblag der Vorsitz des Redaktionsausschusses Prof. Dr. Franz-Josef Wothe, der kulturpolitische Themen der Heimatvertriebenen – insbesondere der Danziger Katholiken – in die Redaktionsarbeit mit einfließen ließ. 1969 zeichnete Theodor Schroedter als Chef vom Dienst verantwortlich, die graphische Gestaltung der Zeitung entwarf Paul König.³⁰

Chronologie der Zeitung

Am 25. September 1949 erschien eine Voraus- bzw. Werbenummer, in der die Lizenzträger folgenden Aufruf an das „Katholische Volk in Niedersachsen“ richteten:

„Das Dritte Reich zerschlug die katholische Presse. Um der Verflachung auf allen Lebensgebieten entgegenzuwirken, brauchen wir nunmehr endlich wieder eine starke Presse, die nicht entstellte Tatsachen berichtet und deren Gesamthaltung unserer katholischen Gewissensverpflichtung entspricht. Wir brauchen neben unseren Kirchenblättern eine politische Zeitung, die im vorkirchlichen Raum, d. h. im Bereich des öffentlichen Lebens unserer katholischen Überzeugung die Geltung verschafft, die ihr entsprechend der Stärke des katholischen Volksteiles in Niedersachsen zukommt.“³¹

wurde „Das Wort“ ein Jahr lang in der „Meyerschen Buchdruckerei“ in Sarstedt hergestellt. Im Jahre 1951 wurde wieder die „Verlagsgesellschaft in Hildesheim“ beauftragt, die sich 1952 in „Hildesheimer Druck und Verlagsgesellschaft GmbH“ umbenannte. 1952 fiel der Druckauftrag an die „Firma Otte KG“ in Hannover. Anschließend druckte von 1956 bis 1967 die „Firma Fikuart“ in Hildesheim. Die letzten drei Jahre betreute das „Verlagshaus Gerstenberg“ die Zeitung, S. BAH, NL Wothe, Katholische Wochenzeitschrift „Das Wort“, S. 3.

³⁰ Ebd.

³¹ Ebd.

Die Rede von Neubeginn und Neuorientierung im Katholizismus war damals geradezu inflationär und wurde als politische und kulturelle Notwendigkeit betrachtet. Sie war Ausdruck des Bewußtseins, daß bei den Katholiken nach der britischen Besatzungszeit die moralische Verpflichtung bestand, christliche Werte und Normen in den demokratischen Staatsaufbau einfließen zu lassen. Der damals beginnende kulturelle Umbruch war durch den Einfluß der anglo-amerikanischen Alliierten eingeleitet worden, den diese mit dem „American way of life“ vor allem auf die Jugendlichen ausübten.

Schon auf dem Katholikentag in Mainz 1948 war neben den Bistumsblättern eine verantwortungsbewußte und überparteiliche, kulturpolitische, katholische Presse gefordert worden.³² Als gewissermaßen „katholische Lobby“ konnte diese kirchliche Interessen gegebenenfalls auch gegen den Staat vertreten und durchsetzen. So wehrte sich „Das Wort“ vor dem Hintergrund seiner Selbstdefinition über Werte und Normen der Weimarer Zeit gegen die politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Umbrüche der Nachkriegszeit.

Nach der Vorausnummer erschien die Zeitung unter dem Titel „Das Wort“ ab dem 9. Oktober 1949 wöchentlich. 1950 bis 1951 führte sie zusätzlich den Untertitel „Zeitung der Katholiken in Niedersachsen, Hamburg und Bremen“, von 1951 bis 1967 „Nordwestdeutsche Zeitung für Politik, Wirtschaft und Kultur“. Dieser aussagefähige Titel offenbarte ihr eigentliches Programm, nämlich die Interessenvertretung der Katholiken in Politik, Wirtschaft und Kultur in Niedersachsen, Hamburg und Bremen gegenüber den sozialdemokratischen Landesregierungen und der evangelischen Majorität. Im Zuge des Abschlusses des Konkordates von 1965, mit dem das Verhältnis zwischen Staat und Kirche weitgehend befriedet wurde, faßte „Das Wort“ auch seinen Untertitel mit dem Zusatz „Katholische Wochenzeitung für Nordwestdeutschland“ neu.

Als moralische Verpflichtung betrachtete „Das Wort“ seine Auseinandersetzung mit der Vertreibung aus dem Osten. Es waren insbesondere die Heimatvertriebenen, die im Bistum Hildesheim vielerorts 95 % der katholischen Bevölkerung stellten und die „Das Wort“ jetzt als potentielle

³² Vgl. Generalsekretariat des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken zur Vorbereitung der Katholikentage (Hrsg.), *Der Christ in der Notzeit. Der 72. Deutsche Katholikentag vom 1. bis 5. September 1948 in Mainz*. Paderborn 1949, S. 327–328.

Leser gewinnen wollte. Während 1943 in den 18 Dekanaten, 122 Pfarreien und 61 Kirchengemeinden des Bistums Hildesheim 303.756 Katholiken gelebt hatten, waren es am 1. Januar 1948 bereits 648.911 Katholiken.³³ „Die Vertreibung aus dem Osten hatte im Bistum Hildesheim einen Umbruch eingeleitet, wie er in der Bistumsgeschichte beispiellos war; denn die alte Diözese, wie sie noch vor dem Zweiten Weltkrieg bestand, begann sich allmählich infolge neuer kultureller, politischer und wirtschaftlicher Impulse, welche die Heimatvertriebenen gaben, aufzulösen. Als Resultat dieser Entwicklung war das Bistum Hildesheim entstanden, wie es im Niedersachsenkonkordat 1965 umschrieben und als solches bis heute besteht.“³⁴

„Das Wort“ veröffentlichte zahlreiche Artikel zum Thema Vertreibung, u. a. Artikel heimatvertriebener Jugendlicher, zu denen Heinz Hartmann durch seine Mitarbeit im Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) die notwendigen Kontakte geknüpft hatte, sowie später durch Prälat Wothe in seiner Funktion als Apostolischer Protonotar der Danziger Katholiken.³⁵ Nicht politisierend, sondern eher im kulturellen Rahmen wurde vor allem über die Erzdiozese Breslau berichtet, waren es doch hauptsächlich katholische Schlesier, die sich im Bistum Hildesheim niedergelassen hatten.³⁶ Zu ihrer Integration konnte „Das Wort“ erheblich beitragen.

³³ Vgl. Schematismus der Diözese Hildesheim, Jg. 1943 und 1948.

³⁴ Gabriele Vogt, Die Diözesan-Flüchtlings-Seelsorge in den Westdeutschen Diözesen von 1945 bis 1953. Unveröffentlichtes Manuskript 1995.

³⁵ S. bspw. Protokoll der Jahreshauptversammlung der Verlagsgesellschaft Das Wort GmbH vom 17. März 1961 in Hildesheim, S. 3, BAH, Das Wort.

³⁶ Vgl. „Sturm aus dem Osten“. In: Das Wort 1 (1949), Nr. 5 (30. Oktober); „Neuer Flüchtlingsstrom aus dem Osten“. In: ebd., 2 (1950), Nr. 16 (16. April); „Deutsche Heimat im Osten“. In: ebd., 18 (1965), Nr. 1; „Der Griff nach der Erzdiozese Breslau“. In: ebd., Nr. 23; „Unvergeßliches Schlesien – Erzbischof Kominek Breslau zur Frage des Heimatrechtes“. In: ebd.



Abb. 4: Heimatvertriebene Kinder auf dem Diözesanjugendtag 1947 in Hildesheim

„Das Wort“ als Träger kirchlicher Opposition in der Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche in Niedersachsen von 1949–1956

Bischof Joseph Godehard Machens lehnte eine Intervention des „Wort“ in seiner im Schulkampf und Dombauprozeß gipfelnden Kontroverse mit dem Staat ab. Unterstützt in dieser Haltung wurde er durch Prälat Konrad Algermissen, der als Schriftleiter des diözesanen Kirchenblattes und bischöflicher Berater wohl um die Konkurrenz des „Wort“ zur eigenen Zeitung fürchtete; nach außen vertrat er die Ansicht, daß das „Wort“ schlichtweg überflüssig war.³⁷

³⁷ Auskunft von H.H. Weihbischof Heinrich Pachowiak, Interview vom 25. 9. 1995.



Abb. 5: Bischof Dr. Joseph Godehard Machens (1934–1956)

Die ablehnende Haltung des Bischofs gegenüber dem „Wort“ drückte sich auch darin aus, daß er drei Monate nach Erscheinen der ersten Ausgabe der Zeitung am 16. Dezember 1949 deren Planer und Begründer, Joseph Winter, als Pfarrer nach Goslar versetzte.³⁸ Winter hinderte seine Versetzung jedoch nicht daran, als Vorsitzender des Redaktionsausschusses weiterhin journalistisch für „Das Wort“ tätig zu bleiben.³⁹ Für seine Versetzung war offenbar auch ein Mentalitätsproblem mit ausschlaggebend gewesen, welches zwischen ihm und Joseph Godehard bestand: auf der einen Seite der flexible und ganz spontan unendlich viele Ideen entwickelnde Jugendseelsorger – und auf der anderen Seite der alles planend und kontinuierlich gezielt durchdenkende Diözesanbischof.⁴⁰

Ende 1949 berichtete „Das Wort“ – ohne eine eigene Stellungnahme abzugeben – über die Proteste Bischof Machens' bezüglich der britischen Demontagepolitik im Raum Salzgitter-Watenstedt.⁴¹ Dies verstand Bischof Joseph Godehard als eine Intervention des „Wort“ in seine Politik, für die er aus Sorge um das ohnehin gespannte Verhältnis der katholischen Kirche zu den Briten jede von außen kommende Unterstützung ablehnte.⁴²

Auf das distanzierte Verhältnis des Bischofs zum „Wort“ weist indirekt auch ein Leserbrief aus dem Jahr 1950 hin:

„Sie haben es schwer. Vor allem deshalb, weil viele von denen sich Ihnen verweigern, die am allerersten an einer starken katholischen Aktivität in den politischen und kulturellen Raum hinein interessiert

³⁸ BAH, NL Wothe, Dechant Joseph Winter, S. 7.

³⁹ Vgl. BAH, unverzeichneter Bestand: Das Wort, Protokolle der Jahreshauptversammlung 1960–1965, S. 3.

⁴⁰ Die Charakterisierung Joseph Winters beruht hier auf Aussagen eines freien Interviews mit Propst Prof. Dr. Joop Bergsma vom 31. Oktober 1995. Da sich Winter in den Verhandlungen mit den Briten über die Rückgabe des Hauses Wohldenberghaus mit der Militärregierung überworfen hatte, dürfte der Bischof nach der Gründung des „Wort“ vermutlich auch um erneute Kontroversen gefürchtet haben.

⁴¹ Vgl. „Arbeitslosigkeit droht. Bischof Dr. Machens protestierte gegen Demontage“, in: Das Wort 1 (1949), Nr. 1 (25. September); vgl., „Die Demontage geht weiter“. In: Das Wort 1 (1949), Nr. 6 (6. November).

⁴² Vgl. dazu den Hirtenbrief des Hildesheimer Bischofs vom 6. Januar 1946. In: Beilage zum Kirchlichen Anzeiger, Jg. 1946. Nicht zuletzt aufgrund der politischen Aktionen und Proteste des Bischofs hatte sich die britische Einschätzung der katholischen Kirche als Stütze der demokratischen Neuordnung im Lauf des Jahres 1946 ein wenig abgeschwächt.

sein sollten. Vertrauen Sie darauf, daß Sie auf dem rechten Wege sind. Wenn Ihr Wort sich in Niedersachsen nicht durchsetzt, ist vieles vertan!“⁴³

Nach Ansicht von Joseph Godehard war allein der Bischof der Sprecher seiner Diözesanen; eine Haltung, die er aus dem Kirchenrecht ableitete.⁴⁴

Die Kontroverse des Hildesheimer Diözesanbischofs mit der Militärregierung stand jedoch nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949 weder im Mittelpunkt bischöflicher Politik, noch wurde sie durch das „Wort“ als Generalthema redaktioneller Berichterstattung erfaßt; schon in seiner zweiten Ausgabe vermeldete „Das Wort“ seinen Lesern „Das Ende der Militärregierung“.⁴⁵

Sozialismuskritik

Zeitlich parallel mit der Gründung des „Wort“ hatten sich die Regierungen Adenauer und Ulbricht konstituiert. Die Berichterstattung über die Gründung beider deutscher Staaten und deren Teilung gehörten im innen- wie im außenpolitischen Bereich beim „Wort“ zu den Generalthemen. Es lehnte einen von der Sowjetunion kreierte deutschen Staat ab. Dabei berief sich das „Wort“ auf die christliche Grundordnung, die seit der Aufklärung die Kapitalismuskritik und die Kritik an der modernen Industriegesellschaft rigoros mit der Ablehnung des säkularen Staates, des Liberalismus und Sozialismus verband.⁴⁶

Eine Bundesregierung, die von der Christlich Demokratischen Union getragen und die der katholischen Kirche im Grundgesetz wohlwollend gegenüberstand, mußte es jedoch unweigerlich stützen, wenn es die bundesrepublikanische Demokratie annehmen wollte. Besonders die Person

⁴³ „10 Jahre Das Wort in Niedersachsen“. In: Das Wort 11 (1959), Nr. 43.

⁴⁴ Lediglich dem Generalvikar als Vertreter des Bischofs standen gemäß dem Codex Iuris Canonici ähnliche Befugnisse zu. Vgl. Klaus Mörsdorf, Kirchenrecht. Bd. 1. Paderborn 11.1964, S. 407.

⁴⁵ Vgl. „Das Ende der Militärregierung“. In: Das Wort 1 (1949), Nr. 2 (9. Oktober). Die Berichterstattung über die britische Demontagepolitik schloß es letztlich 1950 mit den Artikeln „Deutsch-englische Beziehungen“ und „Watenstedt-Salzgitter: Rückschau – Ausblick“ ab, s. Das Wort, 2 (1950), Nr. 1 (1. Januar).

⁴⁶ Vgl. Michael Chinigo, Pius XII. sagt. Über Religion, Wissenschaft, Politik und Gesellschaft. Limburg 1958, S. 150–183.

des Bundeskanzlers Konrad Adenauer stand im Mittelpunkt zahlreicher Leitartikel. Als rheinländischer Katholik bot Adenauer eine Art „psychologischen Ersatz“ für eine treukatholische „Vaterfigur“. Der Bundeskanzler zählte kontinuierlich zu den favorisierten Sympathieträgern des „Wort“, das sich zum Fürsprecher der von der CDU getragenen Bundesregierung machte und ihre Politik unterstützte.⁴⁷ Mit der Bundesregierung ging das „Wort“ auch in der Kritik gegen Kommunismus und Sozialismus konform: regelmäßig warnte es seine Leser vor dem negativen Einfluß des Sozialismus mit Hinweisen auf die Regierung Ulbricht.⁴⁸

Im Leitkommentar „Wo steht die Front“ vom 9. Oktober 1949 setzte sich Knipping mit dem Klassenkampf des Kommunismus auseinander, der nach seiner Ansicht die katholische Kirche und die bundesrepublikanische Gesellschaft in ihrem elementaren Besitzstand bedrohte. In den Mittelpunkt seiner Argumentation stellte er den Eigentumsbegriff nach Thomas von Aquin, während er sich hinsichtlich des Rechtes auf Privateigentum auf den Mainzer Bischof Wilhelm Emanuel Freiherr von Ketteler (1850–1877) bezog. Kaum differenzierend, sprach Knipping einmal vom Kommunismus, dann wieder vom Marxismus. Es genügte ihm offenbar, beide ausschließlich in ihrer Kapitalismuskritik als ein gesellschaftlich bedrohendes Ganzes zu erfassen; die geringe Differenzierung zwischen

⁴⁷ Vgl. „Dr. Adenauers Regierungserklärung – so sozial wie möglich“. In: Das Wort 1 (1949), Nr. 1 (25. September); „Adenauer vor dem Ziel?“ In: Das Wort 3 (1951), Nr. 46 (18. November); „Der Bundeskanzler an unsere Leser“. In: Das Wort 4 (1952), Nr. 2 (6. Januar); „Der Bundeskanzler hat Sorge“. In: Das Wort 4 (1952), Wahl-Sondernummer (5. November); Wählt einen besseren Landtag – Bundeskanzler Dr. Adenauer an die Wort-Leser“. In: Das Wort 7 (1955), Nr. 16 (24. April) und Nr. 17 (2. Mai); „Adenauers gemeinsamer Auftrag der Konfessionen“. In: Das Wort 8 (1956), Nr. 33 (12. August 1956); „Dr. Adenauer zu den sowjetischen Zielen“. In: Das Wort 11 (1959), Nr. 15; „Adenauers Fragen an die SPD“. In: Das Wort 12 (1960), Nr. 48; „Adenauer-Politik – Ohne Adenauer?“ und „Adenauer wieder fest im Sattel“. In: Das Wort 13 (1961), Nr. 1; „Bundeskanzler sprach klar und deutlich Politikum“. In: Das Wort 13 (1961), Nr. 25; Ein Rückschlag – Keine Niederlage“ und „Ergebnis der Wahlen zum Bundestag“. In: Das Wort 13 (1961), Nr. 39; „Der Kanzlerwechsel. Der Lebenslauf Konrad Adenauers“, „Dank an den Kanzler“ und „So urteilt die Welt über Adenauer“. In: Das Wort 15 (1963), Nr. 42.

⁴⁸ S. etwa „Die Sowjetisierung der Ostzone Deutschlands“. In: Das Wort 2 (1950), Nr. 31 (30. Juni); „Ferien bei Onkel Ulbricht“. In: Das Wort 12 (1960), Nr. 30; „Selbst Schulkinder werden gedrittelt (Sowjetkommunismus)“. In: Das Wort 18 (1965), Nr. 28 (18. Juli); „Die Toten brauchen keinen Passierschein – Jetzt baut Ulbricht seinen „Westwall“. In: Das Wort 18 (1965), Nr. 23 (15. August).

Kommunismus, Marxismus, Bolschewismus und Sozialismus war ein zeit-spezifisches Instrumentarium konservativer Politik.⁴⁹ Die ablehnende Haltung des „Wort“ gegenüber der Sozialdemokratie fand später expressis verbis Ausdruck in den Angriffen gegen den Parteivorsitzenden der SPD und späteren Bundeskanzler Willy Brandt.⁵⁰ Die Ursachen der strengen anti-sozialdemokratischen Haltung des „Wort“ lagen im Bereich weltanschaulicher Differenzen begründet, doch wären sie ohne den niedersächsischen Streit um die Bekenntnisschule wohl kaum zum Ausbruch gekommen.⁵¹

Der Schulkampf in Niedersachsen

In einer seiner ersten Ausgaben des Jahres 1950 nahm das „Wort“ Meldungen über das in Niedersachsen geplante Schulverwaltungsgesetz auf, wenngleich ihm im Vorfeld des Schulkampfes noch die Argumentationsbreite eines prophylaktisch agierenden Journalismus fehlte.⁵² Dieser entwickelte sich erst parallel der Oppositionshaltung der Landesregierung. Der Streit um die katholische Bekenntnisschule machte sich de facto weniger um das „Schulverwaltungsgesetz“ vom 19. März 1954 fest als vielmehr um das Gesetz über das öffentliche Schulwesen in Niedersachsen vom 14. September 1953, das die christliche Gemeinschaftsschule zur Regel erklärte und die Einrichtung von Bekenntnisschulen an gewisse Bedingungen

⁴⁹ Vgl. „Die SPD und der Kommunismus“. In: Das Wort 12 (1960), Nr. 7; „SPD und Kommunismus“, „Christliche Anliegen in der Sozialpolitik“. In: Das Wort 12 (1960), Nr. 9; „Niedersachsen Bollwerk des Marxismus?“ In: Das Wort 5 (1953), Nr. 8 (22. Februar); „Abkehr vom Marxismus“. In: Das Wort 11 (1959), Nr. 47.

⁵⁰ Vgl. „Willy Brandt bereits im Wahlkampf“. In: Das Wort 12 (1960), Nr. 29; „SPD und Taktik“. In: Das Wort 13 (1961), Nr. 32; „Willy Brandts Tiefschläge“. In: Das Wort 15 (1963), Nr. 8; „Brandts Position gestärkt“. In: Das Wort 16 (1964), Nr. 8; „Brandts schlechter Start“. In: Das Wort 16 (1964), Nr. 20; „Statt SPD vorn – Brandt hinten“. In: Das Wort 16 (1964), Nr. 47; „Es kriselt weiter um Brandt – Eine parlamentarische Niederlage der SPD“, „Eine Regierungskrise findet nicht statt“. In: Das Wort 16 (1964), Nr. 52; „Brandt und seine Mannschaft im Kampf um die Macht“. In: Das Wort 17 (1961), Nr. 4 (31. Januar; „Mißgriff Willy Brandts“, „Der Brand(t) ist gelöscht – Demaskierung eines Kanzlerkandidaten“. „Willy Brandt: Gebt mir 100 Tage“. In: Das Wort 18 (1965), Nr. 37 (19. September).

⁵¹ Vgl. „Die Tragödie der SPD“. In: Das Wort 5 (1953), Nr. 5 (1. Februar).

⁵² „Kalte Schulreform“. In: Das Wort 2 (1950), Nr. 4 (22. Januar).

knüpfte. Vor dem Hintergrund diverser Entwürfe zum Schulgesetz betonte Bischof Machens, daß der katholischen Kirche das im Reichskonkordat von 1933 im Artikel 23 garantierte Recht zur Beibehaltung und Neueinrichtungen von katholischen Bekenntnisschulen zustand⁵³; im Zusammenhang mit dem niedersächsischen Schulgesetz stand auch die durch die Regierung Adenauer beantragte Überprüfung des Konkordats durch das Bundesverfassungsgesetz im Jahr 1955.⁵⁴

Schon im Vorfeld der Ratifizierung des Schulverwaltungsgesetzes sprach das „Wort“ seit 1950 vom „Schulkampf“ – ein im katholischen Milieu des Bistums geprägter Begriff.⁵⁵ Das neue Schulgesetz deutete das „Wort“

⁵³ Vgl. Günter Gorschenek, Das Verhältnis von Kirche und Staat in der Schulpolitik. Von den Anfängen unter Karl dem Großen bis zur Gegenwart. Recklinghausen 1969; Manfred Köhler, Die Volksschule im Dritten Reich. Widerstand, Anpassung einer katholischen Dorfschule. Hildesheim 1985 (Beiträge zur Historischen Bildungsforschung; 2); Maria Krebs, Der Kampf um die konfessionelle Schule. In: Die Diözese Hildesheim in Vergangenheit und Gegenwart 45 (1977), S. 135–285; Agnes Lange-Stuke, Die Schulpolitik im Dritten Reich. Die Bekenntnisschule im Bistum Hildesheim von 1933–1948. Hildesheim 1989 (Beiträge zur Historischen Bildungsforschung; 9); Horst Leski, Schulreform und Administration vom Einheitsschulprogramm bis zu den Schulreformen des Niedersächsischen Kultusministeriums. Oldenburg 1990; Manfred Overesch, Kulturennaissance und Unterricht. Die Bekenntnisschule in der öffentlichen Diskussion. In: Alt-Hildesheim 56 (1985), S. 138–146; K.G. Pöppel, Über Staat, Freie Schule und Pädagogik. In: Ders. (Hrsg.), Freie Schule als Beitrag zur Schulreform. In: Hildesheimer Beiträge zu den Erziehungs- und Sozialwissenschaften. Bd. 3. Hildesheim 1977. S. 13–38; Ders., Zur Profilierung des Unterrichts in der Freien Schule. In: Ebd., S. 78–89; Hartmut Schlemmer, Das Elternrecht – seine Bedeutung und seine Grenzen. Berlin 1930; Theodor Schneider, Freie Schule in katholischer Trägerschaft. Die modellhafte Stellung Freier Schulen im kirchlichen Erziehungshandel, untersucht aus bildungs- und kirchenpolitischen Sicht. Bonn 1981; Julius Seiders, Der besondere Status des Gymnasiums Josephinum: Öffentliche Schulen in Kirchlicher Trägerschaft von 1965–1989: Seine Vorzüge, seine Nachteile vor dem Hintergrund wechselnder schulpolitischer Gegebenheiten. In: Die Diözese Hildesheim in Vergangenheit und Gegenwart 57 (1989), S. 139–158; Gerd-Eberhard Tilly, Schule und Kirche in Niedersachsen (1918–1933). Die Auseinandersetzung um das Elternrecht und das Reichsschulgesetz in der Schulpolitik der niedersächsischen Kirchen im Weimarer Staat, Hildesheim 1987; Hans Jürgen Toews, Die Schulbestimmungen des niedersächsischen Konkordates. Göttingen 1967.

⁵⁴ Vgl. Reichskonkordat vom 20. Juli 1933. Joseph Listl, Die Konkordate und Kirchenverträge in der Bundesrepublik Deutschland. Bd. 2. Berlin 1987, S. 47. Neben der Schulproblematik sollte auch die von der SPD in Frage gestellte und unter dem Schlagwort „Politischer Katholizismus“ gefaßte Mitgliedschaft von Priestern in politischen Parteien geklärt werden.

⁵⁵ Vgl. „Schulkampf in Hannover“. In: Das Wort 2 (1950), Nr. 43 (22. Oktober); „Schulkampf“. In: Das Wort 3 (1951), Nr. 12 (25. März); „Schulkampf“. In: Das Wort 3

als Einführung der „Simultanen Zwangsschule“, was zur Auflösung der noch vorhandenen katholischen Bekenntnisschulen hätte führen können.⁵⁶ Auf staatlicher Seite wurde die Kontroverse oftmals als „Kulturkampf“⁵⁷ bezeichnet; eine später vom „Wort“ übernommene Terminologie. Die staatliche Position erfaßte das „Wort“ 1953 unter der Schlagzeile: „Also – die Kirche greift an! Da kommen wir aber schlecht an. ‚Angreifer!‘, hallt es zurück. ‚Kulturkampf von der Kirche inszeniert!‘ Alles war in Ruhe, und tiefer Friede im ganzen Lande. Mitten in diese selige Stille tönt eines Bischofs Angriffsruf. Unerhört!“⁵⁸ Die vom Staat der Kirche oktroyierte Rolle des Angreifenden lehnte das „Wort“ entschieden ab, vielmehr sah man sich – wie auch den Bischof und die gesamte katholische Bevölkerung – in einer Verteidigungsposition.

Als das Schulgesetz im Landtag diskutiert wurde, steigerte sich das „Wort“ in seiner Aggressivität gegenüber der Regierung Kopf deutlich. Es polemisierte jetzt bereits in Schlagzeilen, in denen es die Landesregierung einer diskriminierenden Haltung gegenüber der katholischen Kirche bezichtigte.⁵⁹ U. a. zitierte die Redaktion den niedersächsischen Sozialminister Albertz:

(1951), Nr. 33 (19. August); „Der Schulkampf geht weiter“. In: Das Wort 4 (1952), Nr. 28 (6. Juni); „Der Schulkampf in Niedersachsen“. In: Das Wort 4 (1952), Nr. 45 (2. November); „Schulkampf ohne Ende“. In: Das Wort 5 (1953), Nr. 4 (22. Januar); „Kommt der Schulkampf dennoch?“ In: Das Wort 5 (1953), Nr. 46 (15. November 1953); „Schulkampf geht weiter“. In: Das Wort 5 (1953), Nr. 49 (6. Dezember); „SPD und BHE Seite an Seite im Schulkampf“. In: Das Wort 6 (1954), Nr. 4 (31. Januar); „Der Schulkampf auf dem Höhepunkt“. In: Das Wort 6 (1954), Nr. 7 (14. Februar); „Merkwürdige Nachklänge zum Schulkampf“. In: Das Wort 6 (1954), Nr. 45 (14. November); „Schulkampf: Epidemie“. In: Das Wort 7 (1955), Nr. 23 (5. Juni); „Schulkampf in Helmstedt“. In: Das Wort 11 (1959), Nr. 16; „Neuer Schulkampf in Braunschweig“. In: Das Wort 17 (1965), Nr. 11 (21. März).

⁵⁶ Vgl. „Katholische Eltern, die Augen auf!“ In: Das Wort 2 (1950), Nr. 30 (23. Juli).

⁵⁷ Vgl. „Kulturkampf“. In: Das Wort 5 (1953), Nr. 13 (19. März); „Kulturkampf in Niedersachsen?“ In: Das Wort 6 (1954), Nr. 27 (11. Juli); „Der Kulturkampf in Niedersachsen“. In: Das Wort 7 (1955), Nr. 30 (24. Juni); „Kulturkampf im Firmenhandbuch“. In: Das Wort 8 (1956), Nr. 8 (19. Februar); „Wie in den Tagen des preußischen Kulturkampfes“. In: Das Wort 10 (1958), Nr. 12.; „Kulturkampf-Fanfare des niedersächsischen BHE“. In: Das Wort 13 (1961), Nr. 31; „Kulturkampfstimmung im Bundestag“. In: Das Wort 13 (1961), Nr. 31.

⁵⁸ „Kulturkampf in Niedersachsen. Wer ist der Angreifer?“ In: Das Wort 5 (1953), Nr. 13 (29. März).

⁵⁹ „Kulturkämpferischer Liberalismus demaskiert sich. Der Niedersächsische Landtag debattierte Schulgesetzentwurf“, „Katholiken bedrohen die Freiheit. Schwere Entgleisungen des niedersächsischen Sozialministers“. In: Das Wort 6 (1954), Nr. 7 (21. Februar).

„Die SPD (beteuerte er), erkenne einen Öffentlichkeitsauftrag der christlichen Kirchen an, lehne aber die Pfaffenart ab, die kirchliche Verkündigung zu mißbrauchen, um politische Macht zu erreichen.“⁶⁰ Das geplante Schulgesetz stellte nach Ansicht des „Wort“ eine Mißachtung der Gewissensfreiheit und des Elternrechtes dar.⁶¹ In ihrem feierlichen Protest gegen den Gesetzentwurf vom Februar 1954 prangerten die niedersächsischen Bischöfe insbesondere dessen Artikel 12 an, der vor der Errichtung von Bekenntnisschulen die Existenz ausgebauter Gemeinschaftsschulen voraussetzte.⁶² Nach ihrer Ansicht war diese Bestimmung kennzeichnend für die Haltung der Regierung, die von der katholischen Kirche wieder als „Reichsfeind Nr. 1“ sprach.⁶³ Zwar machte die Regierung im Schulgesetzentwurf Zugeständnisse, doch waren diese an Bedingungen geknüpft, die für die Kirche von vornherein unannehmbar waren.

Nach den Bischöfen demonstrierten am 13. März 1954 in Hannover vor der Stadthalle und dem Kultusministerium ca. 60.000 Katholiken aus ganz Niedersachsen gegen den Schulgesetzentwurf der Landesregierung; die hohe Teilnehmerzahl war nicht zuletzt ein Erfolg des „Wort“, das ein breites Spektrum der Öffentlichkeit erreicht hatte. Mit Zitaten aus der hannoverschen Presse eröffnete das „Wort“ seine Reportage über die Protestbewegung:

„Der Klerikalismus mobilisierte gestern zum ersten Mal die Straßen. Daß er das zu organisieren weiß, hat die gestrige Kundgebung bewiesen. Es erinnert an Goebbels im Sportpalast, wenn der Bischof von Hildesheim die Menge fragt: 'Haben euch die Bischöfe aufgerufen nach Hannover zu kommen' und die Menge spontan ein 'Nein' antwortete.“⁶⁴

⁶⁰ Ebd.

⁶¹ Vgl. „Der Schulkampf auf dem Höhepunkt. Die Niedersächsische Landesregierung verabschiedete Schulgesetzentwurf. Mißachtung der Gewissensfreiheit und des Elternrechtes“. In: Das Wort 6 (1954), Nr. 6 (14. Februar).

⁶² Erzbischof Dr. Berning, Osnabrück; Erzbischof Dr. Jäger, Paderborn; Dr. Michael Keller, Münster; Bischof Dr. Joseph Godehard Machens, Hildesheim. Vgl. „Frieden im Volke aufs höchste gefährdet. Feierlicher Protest der niedersächsischen Bischöfe gegen Schulgesetzentwurf“. In: Das Wort 6 (1954), Nr. 6 (14. Februar).

⁶³ Vgl. „Katholische Kirche wieder Reichsfeind Nr. 1“. In: Das Wort 6 (1954), Nr. 8 (28. Februar).

⁶⁴ „Die Eltern Niedersachsens haben sich erhoben. 60.000 Katholiken protestierten in Hannover gegen den Schulgesetzentwurf der Landesregierung“. In: Das Wort 6 (1954), Nr. 10 (14. März).

Die Situation war überaus angespannt, wie vor allem der Vergleich zwischen Goebbels und Bischof Machens belegt. Dieser hatte seine Diözesanen im übrigen nicht *expressis verbis* zur Teilnahme an der Demonstration aufgefordert. Derartige Aktivitäten überließ er jetzt dem „Wort“, das Bischof Machens nunmehr in seine Kontroverse mit dem Staat bewußt einbezog.

Das Verhältnis des „Wort“ zum Bischof änderte sich während des Schulkampfes grundlegend. Ein Hinweis dafür fand sich allein in der Anrede des Bischofs. Während das „Wort“ in den ersten Jahren seiner redaktionellen Arbeit Joseph Godehard mit „Bischof Dr. Machens“ titulierte, sprach es auf dem Höhepunkt des Schulkampfes 1953 vom Bischof als dem „von Christus berufenen Oberhirten des Bistums“.⁶⁵ Ihn konnte das „Wort“ jetzt in mehrfacher Hinsicht unterstützen, erreichte es doch die Öffentlichkeit und sprach im Falle des Schulkampfes die katholische Elternschaft in ganz Niedersachsen an.

Eine Eigenheit des Bischofs war seine Vorliebe für eine Art von Lyrik, die er zynisch und polemisierend in kleinen Versen unter Pseudonym gegen die Landesregierung richtete. Der Bischof nahm dabei das „Wort“ in die Pflicht, so daß es die kleinen Reime veröffentlichen mußte, die Joseph Godehard mit fiktiven Unterschriften oder Kürzeln versah.⁶⁶ Einer seiner Verse erschien in der Ausgabe vom 14. März 1954:

„Elternrecht. Weil Eltern von Erziehung zu wenig versteh'n, Muß natürlich der Staat sich die Sache beseh'n. Wie soll's sonst anders geschehn! So haben die Herrn gedacht und besprochen. Und dann ein Schulgesetz verbrochen. Recht östlich hat's gerochen. Nun, Eltern, seid ihr wirklich zu dumm? Sonst kehrt entschlossen den Spieß herum. Und macht die Herren stumm. – Vater Mumm“⁶⁷

Derartiges wiederholte sich öfters, was die persönliche Komponente und Betroffenheit des Bischofs in dieser Auseinandersetzung mit dem Staat verdeutlichte.

⁶⁵ Vgl. Josef Nowak, „Ein neues Sturmzentrum in Niedersachsen. Kulturpolitik auf hohen Touren“. In: *Das Wort* 5 (1953), Nr. 9 (1. März).

⁶⁶ Nach Interview mit Propst Prof. Dr. Joop Bergsma vom 31. Oktober 1995; Bergsma war von 1952 bis 1956 Bischöflicher Kaplan.

⁶⁷ „Elternrecht“. In: *Das Wort* 6 (1954), Nr. 10 (14. März).

Trotz aller Opposition des Bischofs und der niedersächsischen Katholiken wurde das Schulgesetz 1954 ratifiziert. Das Bundesverfassungsgericht bestätigte am 26. März 1957 zwar die Gültigkeit des Reichskonkordates, doch lehnte es die Klage der Regierung Adenauer ab: Aufgrund der im Grundgesetz verankerten Kultushoheit der Länder besaß das Reichskonkordat hinsichtlich der Schulfrage keine Relevanz.⁶⁸

Daß Bischof Machens das „Wort“ in seine Auseinandersetzung mit der Landesregierung einbezog, gründete auch in der diesbezüglichen Überzeugungsarbeit durch den am Aufbau der niedersächsischen Landesverwaltung und -regierung maßgeblich beteiligten Staatssekretär Richard Skiba. Skiba genoß das Vertrauen von Ministerpräsident Kopf nicht zuletzt durch seine Loyalität, die er diesem gegenüber aufbrachte und die er auch nicht durch seine engen Kontakte zum Hildesheimer Diözesanbischof in Frage stellte. Schon bald gehörte Skiba zu den Beratern des Hildesheimer Bischofs und ließ diesem aus der Staatskanzlei des öfteren neueste Informationen zukommen, so daß Joseph Godehard gegenüber anderen oft über einen nicht unerheblichen Informationsvorsprung verfügte.⁶⁹

Nach dem Tod von Bischof Joseph Godehard Machens 1956 übernahm das „Wort“ dessen bisherige Oppositionsrolle. Im Kondolenzschreiben für Joseph Godehard legte es ein politisches Gelübde ab:

„Wir bedauern den Heimgang unseres Erzbischofes und gedenken dankbar der zuerkennenden Worte, die er noch vor wenigen Wochen uns widmete. – Möge Gott unserem Oberhirten das ewige Licht schenken, möge Er weiterhin unser Bistum segnen! Wir vom Wort geloben in dieser Stunde treue Weiterarbeit im Dienst des Bistums und der Heiligen Kirche.“⁷⁰

Durch den Regierungswechsel in Niedersachsen entspannte sich das Verhältnis zwischen Staat und Kirche nach 1955 zunehmend. Beide suchten den Dialog – was sich u. a. auch in der staatlichen Auszeichnung von

⁶⁸ Vgl. Wilhelm Böcker, Widerspruchsvolles Urteil. Konkordatsentscheid des Bundesverfassungsgerichtes. In: *Das Wort* 9 (1957), Nr. 14 (31. März); s. ebd. „Die Karlsruher Urteilsbegründung in der Konkordatsklage; vgl. auch Wilhelm Böcker, „Das gültige Reichskonkordat“. In: *Das Wort* 9 (1957), Nr. 15 (7. April).

⁶⁹ Auskunft von H.H. Weihbischof Heinrich Pachowiak, Interview vom 25. 9. 1995.

⁷⁰ BAH, Personalakte Bischof Dr. Joseph Godehard Machens, Kondolenzschreiben, darin: Trauerkarte von Schriftleitung und Verlag des „Wort“ vom 16. August 1956.

Bischof Dr. Machens und Generalvikar Dr. Wilhelm Offenstein ausdrückte.⁷¹ Als Ministerpräsident an der Spitze einer Koalitionsregierung von DP, CDU, FDP und BHE gelang Heinrich Hellwege 1957 die Verabschiedung des „Privatschulgesetzes“.⁷²

Doch nur zwei Jahre später wurde das Verhältnis zwischen Kirche und Staat mit der Regierungsübernahme durch das Kabinett Kopf erneut auf eine harte Probe gestellt; alte Animositäten erlebten u. a. im Bereich der Kulturpolitik eine Renaissance.⁷³ Ein konstanter Ausgleich zwischen beiden zeichnete sich zunächst auch nicht nach der Regierungsübernahme des Kabinetts Georg Diederichs (SPD) im Jahre 1963 ab – in der Auseinandersetzung mit der katholischen Kirche übernahmen jetzt die Liberalen die Rolle des Widerparts; die FDP stellte ebenso viele Minister wie die fünfmal stärkere SPD.⁷⁴

In den Mittelpunkt der Kritik des „Wort“ geriet vor allem Kultusminister Richard Langeheine (FDP) durch die Diskussion um den Ausbau bzw. die Verlegung der Pädagogischen Hochschule von Alfeld nach Hildesheim.⁷⁵ Seine Angriffe gegen den sozialliberalen Politiker waren Ausdruck einer kompromißlosen Kritik, die das „Wort“ konsequent gegen denjenigen richtete, der nicht völlig konform mit kirchlichen Ansichten ging. Dabei war es nicht ausschlaggebend, ob es sich um die Sozialdemokratie oder z. B. um den „Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten“

⁷¹ Vgl. „Hohe Auszeichnung für den Hildesheimer Generalvikar“. In: Das Wort 2 (1950), Nr. 2. Bischof Machens wurde 1956 das Große Verdienstkreuz der Bundesregierung durch Ministerpräsident Hellwege verliehen, S. Hermann Engfer, Joseph Godehard Machens 1886–1956. In: Niedersächsische Lebensbilder. Bd. 9. Hildesheim 1976, S. 15.

⁷² Zu ihm S. Claudius Schmidt, Heinrich Hellwege. Ein politisches Lebensbild. Stade 1991. Das Privatschulgesetz gewährte staatlich anerkannten Privatschulen finanzielle Förderung, s. dazu u. a. „Kabinett Hellwege löst Versprechen ein. Niedersachsens Landtag vor Verabschiedung des Privatschulgesetzes“. In: Das Wort 9 (1957), Nr. 16 (14. April); „Niedersachsens Privatschulgesetz verabschiedet. Angriffe auf die Pädagogischen Hochschulen Alfeld und Vechta wurden abgewehrt“. In: Das Wort 9 (1957), Nr. 28 (7. Juli).

⁷³ Vgl. „Sind die Katholiken Freiwild? Der Bischof von Hildesheim nahm zu Angriffen Stellung“. In: Das Wort 11 (1959), Nr. 14; „Vergiftung der Atmosphäre des öffentlichen Lebens“. In: Das Wort 11 (1959), Nr. 12; „Wohin steuert die SPD“. In: Das Wort 11 (1959), Nr. 29.

⁷⁴ Geschichte des Landes Niedersachsen. Territorien-Ploetz. Würzburg 3. 1973, S. 124.

⁷⁵ „Kirchen und Hochschulen“. In: Das Wort 11 (1959), Nr. 9; „Verantwortungslose Konfessionshetze der FDP. Auf dem niedersächsischen Landesparteitag sprach man von ‚politisierenden CDU-Kaplänen‘“. In: Das Wort 11 (1959), Nr. 11.

(BHE) handelte, der bereits seit der Zeit seiner Wahlgemeinschaft mit der SPD 1953 heftig in das „Kreuzfeuer“ des „Wort“ geraten war.⁷⁶

Das Niedersachsenkonkordat

Im Bereich niedersächsischer Landespolitik majorisierte das „Wort“ den politisch heftig umstrittenen Abschluß des Konkordates von 1965. Die bereits vor sechs Jahren erfolgte Entlassung Richard Skibas als Staatssekretär kommentierte es jetzt so:

„Warum er 1959 in die Wüste geschickt wurde, von demselben Ministerpräsidenten Kopf, der jahrelang mit ihm zusammengearbeitet hatte, ist noch ein Rätsel – oder auch nicht, wenn man nur primitiv denkt und weiß, daß man es mit primitiven Denkern zu tun hat.“⁷⁷

Offenbar deutete man die Entlassung Skibas als Rache des Ministerpräsidenten – weil dieser auch Informant des Bischofs gewesen war. Daß seitens des „Wort“ diese Angelegenheit kurz vor Ratifizierung des Konkordats wieder aufgegriffen wurde, deutet auf eine einzelnen Vereinbarungspunkten gegenüber kritisch-ablehnende Haltung der Zeitung hin. Als das Konkordat jedoch am Votum der FDP-Fraktion im niedersächsischen Landtag zu scheitern drohte, änderte das „Wort“ seine Position und betonte jetzt die Vorzüge eines Vertragsbündnisses zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Land Niedersachsen; ein Verhalten, das Bischof Heinrich Maria Janssen (1957–1982) in einem Schreiben an die Redaktion vom 23. September 1965 lobte:

„Daß „Das Wort“ eine so klare Haltung und so eine entscheidende Stellung gehabt hat in der Diskussion um das Konkordat und in den für die Wahl vorzubereitenden wichtigen Entscheidungen. Gerade die Konkordatsdebatte hat uns allen sehr deutlich zum Bewußtsein gebracht, welche Kräfte in unserem Lande noch leben und

⁷⁶ Vgl. „Wohin steuert der BHE in Niedersachsen?“ In: Das Wort 4 (1952), Nr. 19 (4. Mai); „BHE dem Druck der SPD erlegen?“ In: Das Wort, 5 (1953), Nr. 8 (22. Februar); „SPD und BHE Seite an Seite im Schulkampf“ In: Das Wort 6 (1954), Nr. 4 (31. Januar); „Kulturkampf-Fanfare des niedersächsischen BHE“. In: Das Wort 10 (1958), Nr. 12; „Der Abstieg des BHE“. In: Das Wort 10 (1958), Nr. 32; „BHE bleibt an letzter Stelle“. In: Das Wort 12 (1960), Nr. 25.

⁷⁷ „Richard Skiba“. In: Das Wort 17 (1965), Nr. 7 (21. Februar).



Abb. 6: Bischof Heinrich Maria Janssen (1957–1982)

mit welchen Argumenten und Mitteln man aufzutreten gedenkt, wenn es um christliche Grundsätze und ihre Verwirklichung in unserem Lande geht.“⁷⁸

Das Konkordat konnte schließlich erst nach schwierigen Verhandlungen von der neuen SPD/CDU-Koalition verabschiedet werden.⁷⁹ Sein Abschluß entzog dem „Wort“ jene Argumentationsbreite, die notwendig gewesen wäre, um weiterhin gegen die sozialdemokratisch geführte Landesregierung vorzugehen. In dieser Ambivalenz mußte die Zeitung dem Abschluß des Konkordates auch skeptisch gegenüberstehen – denn damit hatte sie auf Landesebene endgültig ihr politisches Profil verloren, das sich seit der Gründung des „Wort“ 1949 über die Kontroverse zwischen Staat und katholischer Kirche in Niedersachsen definiert hatte.⁸⁰

⁷⁸ „Die Kirche in der Welt von heute“. In: Das Wort 17 (1965), Nr. 40 (10. Oktober).

⁷⁹ An der Auseinandersetzung um das Niedersachsen-Konkordat zerbrach das Regierungsbündnis von SPD und FDP, Kultusminister Mühlenfeld trat zurück.

⁸⁰ Vgl. „Konkordat mit Niedersachsen?“ In: Das Wort 15 (1963), Nr. 27; „Konkordatsgespräche mit Minister a. D. Voigt“. In: Das Wort 15 (1963), Nr. 32; „Das Wort hat der Ministerpräsident“. In: Das Wort 16 (1964), Nr. 39; „Konkordat mit Niedersachsen?“ In: Das Wort 17 (1965), Nr. 5 (7. Februar); „So stellt er sich die Christen vor: Spiegel-Herausgeber Augstein“, „Jedes Konkordat des Vatikans mit einem Bundesland schafft neue Barrieren für die Wiedervereinigung!“ In: Das Wort 17 (1965), Nr. 8 (28. Februar); „Konkordat mit Niedersachsen. Fruchtbringende Zusammenarbeit von Staat und Kirche“. In: Das Wort 17 (1965), Nr. 9 (7. März); „Staat und Kirche und die demokratische Ordnung“, „Das Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und Niedersachsen“, „Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich“, „Die geplante Novelle zum niedersächsischen Schulgesetz“. In: Das Wort 17 (1965), Nr. 10 (14. März); „CDU-Kulturpolitik und das Niedersachsenkonkordat“. In: Das Wort 17 (1965), Nr. 11 (21. März); „Loccumer Vertrag. Ergänzungsvertrag zum Vertrag des Landes Niedersachsen mit den Evangelischen Landeskirchen in Niedersachsen; Auswirkungen des Konkordates“. In: Das Wort 17 (1965), Nr. 13 (4. April); „Konfessionalisierung und Anachronismus? Heftige Auseinandersetzungen in Niedersachsen um das Konkordat“. In: Das Wort 17 (1965), Nr. 14 (11. April); „Kommt das Konkordat oder die Regierung zu Fall?“ In: Das Wort 17 (1965), Nr. 15 (Ostern); „CDU: Das Ja zum Konkordat nicht um jeden Preis. Vor einem neuen Schulgesetz in Niedersachsen“. In: Das Wort 17 (1965), Nr. 16 (25. April); „SPD steht zum Konkordat“. In: Das Wort 17 (1965), Nr. 17 (2. Mai); „Icks zum Konkordat – beispiellose Demagogie der niedersächsischen Lehrerzeitung“. In: Das Wort 17 (1965), Nr. 18 (9. Mai); „Schulpolitischer Frieden. Niedersachsens CDU billigt Große Koalition – Wölkchen am Konkordatshimmel aber bei der Berliner SPD“. In: Das Wort 17 (1965), Nr. 20 (23. Mai); „Niedersachsen-Konkordat in der Diskussion“. In: Das Wort 17 (1965), Nr. 22 (Pfingsten); „Warum denn mehrjährige Geheimverhandlungen über das Niedersachsenkonkordat?“ In: Das Wort 17 (1965), Nr. 24 (20. Juni);

Die Instrumentalisierung bundesrepublikanischer Nachkriegsgeschichte im Journalismus des „Wort“

In besonderer Weise beschäftigte sich das „Wort“ mit der Teilung Deutschlands.⁸¹ Dabei ging es auch auf den gesellschaftlichen Aufbau der – durchgängig als „Mitteldeutschland“ deklarierten – DDR ein. Deren Anerkennung als souveräner Staat unterblieb, hätte er doch unweigerlich die Einheit Deutschlands ausgeschlossen, die das „Wort“ wie die bundesrepublikanische Öffentlichkeit damals von den Alliierten forderten. Daß sich das „Wort“ so intensiv mit der „Deutschlandproblematik“ beschäftigte, gründete vor allem in der besonderen Betroffenheit des Bistums Hildesheim durch den Flüchtlingsstrom aus der DDR: „Bis 1991 war mehr als die Hälfte der ehemaligen Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik gleichzeitig die Grenze des Bistums Hildesheim in der Bundesrepublik. Direkt in der DDR hatte das Bistum nach 1961 kleinere Gebiete liegen, so das Amt Neuhaus jenseits der Elbe, den Raum Hessen im Bezirk Magdeburg, den Raum Blankenburg und am Südharz Niedersachswerfen. Durch die Flüchtlinge aus der DDR hatte sich die Katholikenzahl in nur wenigen Jahren sichtlich erhöht.“⁸² Viele Diözesanen, die das „Wort“ als Leser ansprechen wollte, unterhielten darüber hinaus verwandtschaftliche Beziehungen in der DDR und fühlten sich durch die Aufnahme dieser Thematik besonders angesprochen.⁸³ War die Berichterstattung über den Volksaufstand in Ost-Berlin 1953 noch in der Diskussion um die niedersächsische Schulfrage untergegangen, so wurde die Deutschlandfrage 1961 nach dem Bau der Berliner Mauer zum bundespolitischen Generalthema des „Wort“.⁸⁴

„Das Ja zur Versöhnung. Das Konkordat wurde vom Niedersächsischen Landtag mit Mehrheit verabschiedet“. In: Das Wort 17 (1965), Nr. 26 (4. Juli); „Schlußstrich und Neubeginn – Das Niedersachsenkonkordat trat in Kraft“. In: Das Wort 17 (1965), Nr. 40 (10. Oktober).

⁸¹ S. bspw. „Keine Einheit ohne Freiheit – Mitteldeutschland hofft zuversichtlich auf den Bundeskanzler“. In: Das Wort 7 (1955), Nr. 8 (27. Februar); „Einigung Deutschlands mit friedlichen Mitteln“. In: Das Wort 13 (1961), Nr. 1; „Bedrohung erst seit dem 13. August 1961? Not und tiefes Leid in Mitteldeutschland“. In: Das Wort 13 (1961), Nr. 36.

⁸² Vogt, Diözesan-Flüchtlings-Seelsorge (wie Anm. 34), S. 10.

⁸³ Vgl. „Die Not der Zonengrenzflüchtlinge“. In: Das Wort 5 (1953), Nr. 9 (1. März).

⁸⁴ Zum Ost-Berliner Aufstand s. „Keine Wiedervereinigung mit Waffengewalt – Konsequenz gefordert“. In: Das Wort 5 (1953), Nr. 40. Zum Mauerbau und Berlin-/Deutsch-

Die Einstellung des „Wort“ 1969 im Rahmen des kulturellen Umbruches in der Bundesrepublik

Die katholische Publizistik geriet Mitte der 60er Jahre allgemein in eine Existenzkrise, in der man die Frage nach der Sinnhaftigkeit eines konfessionellen Journalismus stellte. Während letzterer mehrfach positiv beurteilt wurde, diskutierte man angesichts gesunkener Leserzahlen die inhaltliche Gestaltung des „Wort“ nach 1965 auf den Jahreshauptversammlungen.⁸⁵ Dabei wurde untersucht, inwieweit Kirchenzeitungen, katholische politische Wochenzeitungen, Standesblätter, Missionszeitschriften etc. die ihnen jeweils zukommende Aufgabe im rechten Sinne lösten. Die Fusion des „Wort“ mit anderen katholischen Zeitungen wurde jedoch mit dem Hinweis abgelehnt, daß keiner der in Frage kommenden Fusionspartner über das politische und kulturelle Niveau des „Wort“ verfügte.⁸⁶

Bei dieser Diskussion brach die alte Kontroverse zur Kirchenzeitung wieder auf, denn das „Wort“ wurde jetzt weniger politisch, sondern mehr kulturell gestaltet – womit es zwangsläufig immer mehr in Konfrontation zur Kirchenzeitung geriet. So stand etwa auch ein neues Layout zur Diskussion, die dann jedoch mit dem Nachsatz endete: „Nicht wir, sondern die Kirchenzeitung müßte dies (ihren Kopf ändern) tun; denn wir haben die ältere Tradition.“⁸⁷ Den Unterschied zwischen dem ursprünglich politischen „Wort“ und der Kirchenzeitung konnte der Leser jetzt kaum noch verifizieren: Beide berichteten über die Synode, beide kommentierten ihre

land-Konflikt s. u. a. „Gesamtdeutsch oder Getrenntdeutsch“. In: Das Wort 13 (1961), Nr. 44; „Ein Neujahrswunsch. Die Deutschen hüben und drüben“. In: Das Wort 13 (1961), Nr. 53; „USA erstrebt jetzt Berlin-Kompromiß“. In: Das Wort 14 (1962), Nr. 17, „Der Katholikentag ruft in der Zeit – als gäbe es keine Landesgrenzen“. In: Das Wort 14 (1962), Nr. 33/ 34; „Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit“. In: Das Wort 15 (1963), Nr. 2; „Wiedervereinigung?“ In: Das Wort 15 (1963), Nr. 24.

⁸⁵ „Die Katholische Presse heute“. In: Das Wort 18 (1965), Nr. 26 (4. Juli); „Katholische Presse im Meinungskampf. Ein Bischofsbrief an die Wort-Redaktion“. In: Das Wort 18 (1965), Nr. 41 (17. Oktober); „Zwischen Existenz und Pressefreiheit – Neugründung der Selbstkontrolle der Illustrierten beschlossen“. In: Das Wort 18 (1965), Nr. 18 (1. Mai); „Die Presse und ihre Zukunft“. In: Das Wort 20 (1968), Nr. 26 (30. Juni); „Freiheit der Presse und Presse-Zar“. In: Das Wort 20 (1968), Nr. 23 (9. Juni).

⁸⁶ Protokoll der Jahreshauptversammlung vom 1. Juni 1965, S. 2, BAH, Das Wort.

⁸⁷ Protokoll der Jahreshauptversammlung der „Verlagsgesellschaft Das Wort GmbH“ vom 17. März 1961, BAH, Das Wort.

Beschlüsse.⁸⁸ Infolge dieser Entwicklung waren Vertrieb und Anzeigenwerbung des „Wort“ zurückgegangen, so daß man insbesondere nach dem Tod des auch bei der finanziellen Akquisition aktiven Joseph Winter im Jahr 1966 auf eine finanzielle Unterstützung durch das Bistum Hildesheim angewiesen war.⁸⁹ Mitentscheidend für den Rückgang der Leserzahlen war auch, daß die Integration der Heimatvertriebenen im Bistum Hildesheim zu diesem Zeitpunkt bereits abgeschlossen war und die „zweite Generation“ dieser im „Wort“ unverändert intensiv behandelten Thematik kein Interesse mehr entgegenbrachte.

Die Existenzkrise des „Wort“ war indirekt auch Ausdruck der Politik- und Kulturkrise der Bundesrepublik. Die außerparlamentarische Oppositionsbewegung leitete hier einen gesellschaftlichen Umbruch ein. Vor allem kulturelle Traditionswerte, die kirchlicherseits weitgehend an Weimarer Verhältnisse anknüpften, wurden damals von der „68er Generation“ in Frage gestellt. Auch an der Emanzipation und kulturellen Gleichstellung von Frauen und Mädchen sowie an der Sexualethik entstanden Kontroversen. Die Beschlüsse des Zweiten Vatikanischen Konzils und ihre Umsetzung in der Diözesansynode 1968/69 fanden kirchlicherseits jedoch ad hoc keinen Anschluß an die kulturelle Entwicklung in der Bundesrepublik.

Als das „Wort“ dann Themen aus dem Bereich der Emanzipation und – im Zusammenhang mit der Enzyklika „Humanae Vitae“ Papst Pauls VI. – Sexualmoral aufnahm, reagierte das katholische Milieu des Bistums distanziert.⁹⁰ Eine öffentliche Auseinandersetzung um dieses Thema lehnten damals viele der Katholiken im Bistum Hildesheim noch ab – ein päpstliches Lehrschreiben wurde nicht diskutiert.

⁸⁸ Vgl. „Nicht den Nullpunkt beschwören. Die Diözesansynode als Ergebnis der Woche in der Kirche von Hildesheim“. In: Das Wort 20 (1968), Nr. 20 (19. Mai); „Die Frauen in der Synode“. In: Das Wort 29 (1968), Nr. 21 (26. Mai).

⁸⁹ Protokoll der Jahreshauptversammlung der „Verlagsgesellschaft Das Wort GmbH“ vom 1. Juni 1965, S. 2, BAH, Das Wort. Eine vergleichbare Entwicklung erfuhren u. a. das „Echo der Zeit“ und das „Würzburger Sonntagsblatt“, vgl. auch Heinrich Maria Janssen, „Abschied vom Wort“. In: Das Wort 21 (1969), Nr. 12 (23. März).

⁹⁰ Vgl. „Die Ehe im Umbruch des Denkens“. I: Das Wort 20 (1968), Nr. 26 (30. Juni); „Ist eine ideale Ehe wirklich ideal?“ In: Das Wort 20 (1968), Nr. 27 (7. Juli); „Partnerschaft heute“. In: Das Wort 20 (1968), Nr. 28 (14. Juli); „Die Ehe-Enzyklika Pauls VI. Klare Entscheidung – auch letztes Wort?“ In: Das Wort 20 (1968), Nr. 32 (11. August); „Scheidung und Wiederheirat. Das Eherecht in der Praxis der Ostkirchen“. In: Das Wort 20 (1968), Nr. 34 (26. August); „Über die rechte Ordnung der Weitergabe menschl-

Das „Wort“ hatte zwar in seiner zeitgemäßen Berichterstattung den Anschluß an die kulturelle Entwicklung gefunden, indem es das Diskussionsbegehren der jungen Generation aufgriff, doch mußte es sein Erscheinen im März 1969 aus wirtschaftlichen Gründen einstellen; die Verlagsgesellschaft wurde liquidiert. Denn der Bischöfliche Stuhl von Hildesheim hatte sich 1966 nur vorübergehend zur wirtschaftlichen Unterstützung bereit erklärt – in der Hoffnung, daß sich das „Wort“ bald wieder selbst tragen oder anderweitige wirtschaftliche Unterstützung erhalten würde.⁹¹

Als Ursache für die Einstellung des „Wort“ betrachtete die Redaktion die wirtschaftlichen Belange der Zeitung nach dem Tode Winters im Jahr 1966, zogen sich doch Sponsoren aus Wirtschaft und Politik zunehmend zurück. Ein weiterer wichtiger Grund lag jedoch auch im Rückgang der Leserzahlen.⁹² Die mangelnde Popularität des „Wort“ ließ sich dabei sowohl aus wirtschaftlichen als auch aus inhaltlichen Aspekten – nämlich einem Verlust des politischen Profils und der Aufnahme zeitadäquater Berichterstattung – ableiten. Theodor Schroedter zog unter dem Titel „Kein Requiem für eine Zeitung“ in der letzten Reportage des „Wort“ Bilanz:

„Alle Bemühungen, das Wort zu erhalten, sind gescheitert, könnte ein Requiem Illusion heraufbeschwören. Allgemeine Redensarten sind deshalb völlig überflüssig. Es bleibt nur noch die Liquidierungsbilanz zu ziehen. Das Echo der Zeit wurde zugunsten der von den Bischöfen ins Leben gerufenen Wochenzeitung PUBLIK liquidiert. Das Wort wird aus wirtschaftlichen Gründen eingestellt. Das war zweimal Zäsur, die für die Geschichte des deutschen Katholizis-

chen Lebens. Von den deutschen Bischöfen approbierte Übersetzung der Enzyklika „*Humanae vitae*“ Papst Pauls IV.“. In: Das Wort 20 (1968), Nr. 38 (22. September); „Papst Paul VI. zur Enzyklika „*Humanae vitae*“. Wortlaut der Ansprache in Castel Gandolfo am 31. Juli 1968. Stellungnahme zur Enzyklika“. In: Das Wort 20 (1968), Nr. 39 (29. September); „Die deutschen Bischöfe zur seelsorglichen Lage nach Erscheinen der Enzyklika *Humanae vitae*. Moraltheologen stellen sich hinter Bischöfe“. In: Das Wort 20 (1968), Nr. 40 (8. Oktober). Vgl. auch Bernhard Häring, Krise um „*Humanae vitae*“. Bergen-Enkheim 1968.

⁹¹ Heinrich Maria Janssen, „Abschied vom Wort“. In: Das Wort 21 (1969), Nr. 12 (23. März).

⁹² Vgl. BAH, Protokoll der Jahreshauptversammlung der Verlagsgesellschaft DAS Wort GmbH vom 1. Juni 1965, S. 2

mus bemerkenswert ist. Auf ihre geschichtliche Würdigung darf man gespannt sein.“⁹³

Dennoch ist die Bedeutung des „Wort“ für die Hildesheimer Bistums-geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg unumstritten. Zukünftige For-schungen in diesem Bereich werden das „Wort“ als historische Quelle berücksichtigen müssen.

⁹³ Theodor Schroedter, „Kein Requiem für eine Zeitung. Das Wort erreichte die Vollendung des 20. Lebensjahres nicht“. Vgl. dazu auch Franz-Josef Wothe, „Unsere Zeitungen auf der Drehscheibe“. In: Das Wort 21 (1969), Nr. 12 (23. März).